

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der Stadt Nastätten.



Der Weg des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 5.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 15.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-gelappte Nonpareilzeile oder deren Raum mit Mk. 1.20, die Reflamzeile mit Mk. 3.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Gegründet 1878. Druck und Verlag: Müllersche Buchdruckerei in Nastätten. Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Gegründet 1878.

Nr. 9 Nastätten, Samstag, den 21. Januar 1922 45. Jahrgang

Die innerpolitische Lage.

Ueber die Entwicklung der inneren Politik des Deutschen Reiches kann man heute noch so verschiedener Meinung sein, das eine ist sicher, daß wir von dem Kampf der Worte wieder zu positiven Leistungen kommen müssen. Das Leben marschiert heute unbekümmert um Reden und Resolutionen in Versammlungen über Zukunftstheorie fort, es schafft Tatsachen in der wirtschaftlichen Entwicklung, die von den Politikern noch kaum gewürdigt werden. Ein Beispiel: Auf dem Baumarkt herrscht, so heißt es, Stodung. Im Verhältnis zu früher ja. Aber es wird auch schon wieder da gebaut, wo sich etwas Erleichterung zeigt, und namentlich von solchen Praktikern, die es verstanden haben, gute Gelegenheiten zu ergreifen. So sind nicht wenige Maurer-Polier im letzten Jahre selbständige Bauunternehmer geworden, haben finanzielle Unterstützung gefunden, beschäftigen bereits eine ansehnliche Zahl Leute und erhoffen für den kommenden Frühling noch besseren Erfolg. Unter allem wirtschaftlichen Verfall regt sich immer wieder neues Leben, das nur Luft und Licht, Freiheit gebraucht, um sich weiter zu entwickeln.

Das ist es, worauf es uns im Innern ankommt. Der Lichtige muß auch im Arbeitsleben freie Bahn haben, und je mehr Baisten uns die Entente aufhals, um so mehr müssen wir dafür sorgen, daß die jungen Sprößlinge der deutschen Betriebsamkeit nicht von ihnen erdrückt werden. Auch die schönsten Pläne bleiben nur Altkennmaterial, wenn sich keine entschlossenen und energischen Kräfte finden, die sie ausführen. Nicht die vorhandenen Werte mit Steuern zu überlasten, sollte unsere Lösung sein, sondern sie zu veranlassen, sich in den Dienst des Wiederaufbaues zu stellen. Dann erzielen wir mehr, als uns je die Wertsteuer bringen kann, die zuletzt nur das National-eigentum verzehrt.

Es wagen sich heute schon wieder Andeutungen von Krisen und Neuwahlen hervor, die wohl nur der Befürchtung entspringen, wir könnten zu den positiven Leistungen, die wir nötig haben, am schnellsten gelangen, wenn wir ein Biotum der deutschen Nation herbeiführen. Vielleicht? Aber über den guten Gedanken dürfen wir doch nicht vergessen, daß eine Maßnahme, wie eine Reichstagsauflösung, unter den heutigen Verhältnissen zu einem zweischneidigen Schwert werden kann. Die praktische Einsicht wirkt mehr, wie uns bereits die Urteile englischer Autoritäten über die deutsche Arbeit gezeigt haben. Ein Abschluß der Reparationsfrage von außen her ist nötig, nicht minder aber ein Abschluß der inneren Wirtschaftsfragen, die zum Wiederaufbau führen sollen.

Das deutsche Fundament ist gut. Wir können darauf ruhig weiter schaffen. Kein Ententestaat hat einen besseren Untergrund in der Tüchtigkeit seiner Bevölkerung als wir. Diese ist nur zusammenzuhalten, nicht zu zersplittern.

Der Reichstag.

Wenn der deutsche Reichstag jetzt wieder zusammentritt, wird er sich natürlich zunächst über die seit Cannes geschaffene Lage äußern. Die von der Reparationskommission beschlossenen Defendanzahlungen und das Moratorium für einen Teil der fälligen Raten sind bekanntlich nur ein Provisorium. Nach der Erklärung unserer Zahlungsunfähigkeit für die am 15. Januar fälligen 500 Millionen Goldmark ist, um einen drastischen Ausdruck zu gebrauchen, der Himmel über Deutschland nicht eingestürzt, und es wird nicht an Stimmen fehlen, die meinen, wir brauchen uns nicht aufzuregen, denn es würde auch in Zukunft trotz Poincaré besser gehen, als andere denken. Vielleicht haben wir Glück infolge von Ereignissen, die heute noch nicht zu übersehen sind.

Frieden wollen und müssen wir halten, Pflichten wollen wir erfüllen, soweit es möglich ist. Aber wir müssen auch erneut ein Veto gegen Unrecht und Mutwilligkeit einlegen. Schon wieder ist der ungeheuerliche Antrag auf Auslieferung der sogenannten deutschen Kriegsschuldigen gestellt worden, aber wir dürfen die Möglichkeit nicht heraufzimmern lassen, daß er Tatsache werden könnte. Poincaré hat auch gefordert, daß zu dem geplanten französisch-englischen Allianzvertrag von Paris aus der

Zusatz beantragt werden soll, daß auch „ein deutscher Angriff gegen Polen“ als ein Kriegsgrund der Entente gegen uns betrachtet werden soll. Es bedarf keines Wortes weiter, daß wir dann in beständiger Aussicht auf einen Krieg von zwei Seiten stehen würden. Einen „deutschen Angriff gegen Polen“ zu konstruieren, ist für die in Warschau und in Paris, die ihn haben wollen, und es gibt zweifellos solche Leute, kein Kunststück.

Keiner langen Auseinandersetzungen bedarf es auch, um Deutschlands finanzielle Lage gegenüber den drohenden Ententeforderungen der Finanzkontrolle und der Beschränkung des Notenumlaufs klar zu stellen. Wie die Zahlungsfähigkeit an die Entente, hat auch die Steuerleistung an die Reichskasse ihre Grenze. Das ganze minderwertige Papiergeld könnte zum Ausdruck gehen, aber auch hier heißt es, erst sauberes Wasser haben, bevor man unsauberes fortgießt. Die Papiergeldbeschränkung kann erst eintreten, wenn an Stelle des Provisoriums eine definitive, die Tatsachen berücksichtigende Revision der Ententeforderungen durchgeführt worden ist.

Ein bekannter englischer Volkswirt hat kürzlich als angemessene deutsche Reparationssumme 21 Goldmilliarden berechnet, die mit 6 Prozent zu verzinsen und in 30 Jahren zu tilgen sind. Muten wir uns nicht mehr zu, als selbst ein Brite berechnet.

Die Einladung Deutschlands.

Konferenz in Genua am 8. März. Der italienische Botschafter überreichte dem Reichskanzler ein Schreiben folgenden Inhalts:

„Nach einer Entschließung des Obersten Rates der alliierten Mächte beehre ich mich, Ihnen die Abschrift einer Entschließung zu übermitteln, die am 6. Januar 1922 durch die alliierten Regierungen auf der Konferenz von Cannes angenommen wurde. Im Einklang mit dieser Entschließung und auf Weisung meiner Regierung beehre ich mich, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Wirtschaftlich- und Finanzkonferenz einzuladen, die in Genua am 8. März 1922 eröffnet werden wird.“

Dem Einladungs schreiben ist der Text der bereits veröffentlichten Entschließung beigelegt, die durch die Konferenz von Cannes am 6. Januar angenommen wurde. Unter den in der Entschließung zur Teilnahme ausdrücklich aufgerufenen Mächten werden außer Deutschland Desterreich, Ungarn, Bulgarien und Rußland genannt.

Die nächsten Aufgaben der Reichsregierung. Nach der Rückkehr Rathenaus aus Cannes hat für das Reichskabinett eine Zeit besonders angestrengter Tätigkeit eingesetzt. Eine Kabinettsbesprechung folgt der anderen. Am Montag erstattete Rathenau dem Kabinett eingehenden Bericht. Am selben Nachmittag fand eine vertrauliche Sitzung des Außenaußenbüros des Reichsrats statt, in der der Reichskanzler sprach. Am selben Abend überreichte der italienische Botschafter die Einladung nach Genua, die Dienstag vormittag dem Reichskabinett vorlag. Für Mittwoch war eine Sitzung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages angesetzt, Donnerstag trat der Reichstag selbst zusammen. So folgt eine Besprechung der anderen.

Für die Reichsregierung handelt es sich jetzt darum, ein Programm für die Konferenz von Genua aufzustellen, dann aber einen Plan auszuarbeiten, der auf Verlangen der Reparationskommission bekanntlich innerhalb der nächsten vierzehn Tage fertiggestellt werden muß.

In diesem Plan soll die Reichsregierung bekanntlich Auskunft darüber geben, wie sie der weiteren Vermehrung des Papiergeldumlaufs aus dem Wege gehen will, wie sie sich die Bilanzierung des Budgets denkt und wie die Verzählungen und Sachleistungen im Jahre 1922 aufgebracht werden sollen. Allein diese Forderung der Reparationskommission, auf die innerhalb der nächsten 14 Tage eine klare Antwort gegeben werden soll, stellt die Reichsregierung vor eine ungeheure Aufgabe. Trotzdem ist man in Regierungskreisen ziemlich optimistisch, und man glaubt, daß man in der Lage sein werde, eine befriedigende

Antwort zu geben. Für das Programm, das für die Konferenz von Genua aufgestellt werden soll, hat man noch zwei Monate Zeit und dürfte erst an die Ausarbeitung dieses Programms gehen, wenn die Antwort an die Reparationskommission formuliert worden ist.

Unsere Zahlungsunfähigkeit.

Rathenaus Rede in Cannes. Amtlich wird jetzt die Rede veröffentlicht, die der Führer der deutschen Delegation, Dr. Rathenau, auf der Konferenz von Cannes am 12. Januar vor dem Obersten Rat gehalten hat. Rathenau setzte zunächst auseinander, daß zur Deckung des Defizits der deutschen Zahlungsbilanz nur drei Möglichkeiten beständen: Der Verkauf der Substanz des Landes, größere auswärtige Anleihen oder der Verkauf der Landeswährung. Den Ausverkauf der Landesubstanz habe Deutschland leider nicht hindern können. Die Durchführung einer auswärtigen Anleihe habe man versucht, aber vergeblich, da nach Meinung der Londoner City die Deutschland auferlegten Lasten zu schwer seien.

Das Währungsseind.

Deshalb sei es unmöglich gewesen, den Verkauf von Umlaufmitteln zu vermeiden, obwohl das deutsche Geld dadurch ein Gegenstand der internationalen Spekulation wurde. Solange die Währung Deutschlands auf dem internationalen Markt aus dem Gleichgewicht gekommen sei, wäre es unmöglich, das Budget auf bestimmte Zeit mit Sicherheit in Ordnung zu bringen. Jeder neue Marktzug und jede neue innere Preiserhöhung würden den Haushalt gefährden. Eine als Abhilfemittel zunächst denkbare Einschränkung des Verbrauchs sei kaum erreichbar, da die Mittelklassen und die Arbeiter weit unter dem Stand der Vorkriegszeit lebten. Es könne sich also nur um Steigerung der Produktion und Vermehrung der Ausfuhr handeln. Eine derartige Vermehrung sei aber schwer, weil andere Völker sich dagegen wehren. Es bliebe das Mittel, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, aber das erfordere eine gewisse Zeit.

Wolle man die Bilanz wirklich herstellen, so gebe es aber nur zwei Mittel, nämlich Verdoppelung oder Verdreifachung der Steuern oder eine Riesenanleihe. Da Deutschland schwerer als seine Nachbarn belastet sei, wäre es unmöglich, die Steuern nochmals zu verdoppeln. Ebenso sei es unmöglich, eine große Anleihe im Ausland zu machen, da die Londoner City sich schon geweigert habe, einen viel kleineren Betrag für die Januar- und Februarzahlungen durch Anleihen zu finanzieren. Auch eine innere Anleihe sei gegenwärtig kaum möglich. Augenblicklich sei die Lage so, daß Deutschland sich allmählich aufzöhre, daß es von seiner eigenen Substanz lebe.

Deutschlands Erfüllungsbereitschaft.

Dr. Rathenau versicherte, Deutschland sei trotz alledem in jedem Falle durchaus bereit, auf dem Wege der Stabilisierung das Budget zu treffen, das ihm vorgeschlagen ist. Die Erhöhung der Zölle auf Goldbasis solle erfolgen. Die Frage der Verkehrstarife werde 1922 geregelt werden. Der Abbau der Unterhaltungen zur Verbiligung der Lebensmittel usw. sei in die Wege geleitet. Die Frage der Kapitalflucht könne nur unter Mitwirkung aller ausländischen Banken geregelt werden. Was die Garantiefrage anbelange, könne man der Reichsbank eine größere Autonomie geben.

Der Wiederaufbau Rußlands.

Dr. Rathenau schloß seine Rede mit der Bereitwilligkeit Deutschlands, am Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten und den ihm zugeordneten Teil zu übernehmen, um so mehr, als es mit den technischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Gepllogenheiten des Ostens vertraut sei und an der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Ost- und Mitteleuropas großen Anteil nehme.

Die Konferenz von Genua.

Etwa 1000 Personen beteiligt. Wie gemeldet wird, werden außer den Vereinigten Staaten alle Nationen in Europa, etwa 25 an der Zahl, zur Teil-

nahme an der europäischen Wirtschaftskonferenz, die am 8. März in Genua beginnt, eingeladen. Lloyd George wird an der Konferenz teilnehmen und man erwartet, daß er etwa zwei Wochen von England abwesend sein wird. Seine Ratgeber in Wirtschaftssachen werden sein: Sir Robert Horne, Sir Cecil Blakett und eine Anzahl von Vertretern des britischen Schatzamtes.

Angenommen, daß die Delegationen und die Sekretariate jeder Nation durchschnittlich 40 Personen umfassen, werden an der Konferenz von Genua etwa 1000 Personen beteiligt sein. Die Konferenz wird daher wahrscheinlich die größte bisher abgehaltene Zusammenkunft dieser Art sein. Wie verlautet, haben bereits die meisten der eingeladenen Länder ihre Annahme mitgeteilt. Die kleinen Mächte werden je zwei, die Großmächte je drei bis fünf Delegierte entsenden. Da Deutschland zu den Großmächten gerechnet wird, kommen fünf Delegierte in Betracht.

Amerika nimmt an.

„Exchange Telegraph“ meldet aus Rom, daß die Regierung der Vereinigten Staaten der italienischen Regierung mitgeteilt hat, sie sei geneigt, an der Konferenz von Genua teilzunehmen, vorausgesetzt, daß die Frage der Annullierung der europäischen Schuld nicht angeschnitten wird.

Das Reparationsproblem in Genua.

„Daily Mail“ berichtet, der Plan zur Herabsetzung der deutschen Wiederverpflichtungszahlungen, der auf der Konferenz von Genua einen hervorragenden Platz einnehmen werde, werde in der Art einer Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich gefaßt sein, in der England etwa ein Drittel der französischen Schuld von 570 Millionen Pfund Sterling unter der Bedingung streichen würde, daß Frankreich Deutschland eine gleiche Wiederherstellungssumme erläßt.

Das Programm des Zentrums.

Die neuen Richtlinien auf dem Parteitag. Der zur Zeit in Berlin tagende Reichsparteitag des Zentrums beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit dem neuen Programm, dessen Neufassung auf dem vorjährigen Parteitag beschlossen wurde. In vertraulicher Sitzung berichtete Redakteur Ritter (München-Blatt) über die Grundzüge dieses neuen Programms.

Christliches Prinzip und deutsche Volksgemeinschaft.

Als leitende Ideen der Partei werden in diesen Richtlinien die folgenden festgelegt: Das Zentrum ist eine Gesinnungsgemeinschaft auf positiver christlicher Grundlage. Die Ecksteine sind Bekenntnis zum christlichen Prinzip und bewusste Zugehörigkeit zur deutschen Volksgemeinschaft. Die Zentrumspartei ist entschlossen, die Arbeit für nationale Erneuerung, für Wiedergewinnung innerer Kraft und äußerer Freiheit nur in Übereinstimmung mit den sittlichen Grundsätzen des Christentums zu leisten, zum Unterschied von anderen Parteien, die für das Privatleben das Christentum gelten lassen, die „hohe Politik“ aber von den Fesseln der „privaten“ Moral befreit wissen wollen. Die Zentrumspartei lehnt den „nationalistischen Egoismus“, den „brutalen“ Machtgedanken ab, sie hält an der tief christlichen Idee der friedlichen Völkerverständigung fest, die den Triumph des Rechtes über die bloße Macht voraussetzt.

Für Reichseinheit, gegen Zentralismus.

Die innerpolitischen Richtlinien betonen die Betonung der Staatsform und der Staatsordnung, wenn sie auch nicht den eigenen Idealen entsprechen. Nur eine Grenze der Staatsgewalt muß das Zentrum festhalten: das natürliche Recht und das göttliche Gesetz. Die Reichseinheit ist nach fester Zentrumstradition die wichtigste Vorbedingung für die nationale Lebenskraft unseres Volkes. Ebenso traditionell ist die Ablehnung der zentralistischen Tendenzen, die schonende Rücksicht auf das Eigenleben der Völker.

auf die Entscheidung der Wählerchaft haben. Man erwartet die Auflösung nicht vor dem Abschluß der Konferenz von Genua.

In der nächsten Woche reist eine österreichische Handelsabordnung zur Vorbereitung eines österreichisch-polnischen Wirtschaftsabkommens nach Warschau.

Der Schweizer Bundesrat hat die Einladung der italienischen Regierung zur Wirtschaftskonferenz in Genua angenommen. Die Schweiz wird zwei Delegierte entsenden.

Die französischen Sozialisten aller Richtungen kündigen dem neuen Kabinett Kampf bis zum äußersten an. Die Presse greift Poincaré in einer kaum wiederzugebenden Weise an.

Oesterreich und Ungarn beabsichtigen in nächster Zeit, Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zu beginnen.

Infolge der ablehnenden Haltung der Großdeutschen Volkspartei gegenüber der Politik der österreichischen Regierung hat der zur Großdeutschen Volkspartei gehörende Minister des Innern Waber den Bundespräsidenten um Enthebung von seinem Posten ersucht.

Das zurückgetretene spanische Kabinett Maura hat sich bereit erklärt, die Regierungsgeschäfte weiterzuführen.

Heimatliches.

Rastätten, 20. Januar 1922.

Zum Steuerabzug. Die in den kürzlich vorausgabten Steuerbüchern vermerkten Jahresermäßigungen ändern sich wie folgt: für den Steuerpflichtigen statt seither 120 M., jetzt 240 M., für die Ehefrau statt seither 120 M., jetzt 240 M., für jedes minderjährige Kind statt seither 180 M., jetzt 360 M., für Werbungskosten statt seither 180 M., jetzt 540 M. Diese neuen Sätze sind von den Arbeitgebern zu berücksichtigen.

Sport. Mit sage und schreibe sieben Mann Erfas geschwächt, weite die 1. Mannschaft des Sportvereins am vergangenen Sonntag in Ober-tiefenbach zum Verbandsspiel und kehrte erwartungsgemäß mit einer Sechserpackung wohl-gemut nach Hause. Kommenben Sonntag, abends 8 Uhr, hält der Verein im Hotel „Zur alten Post“ einen Familienabend mit Ball ab. Auf das Abgeben der Geschenke zur Verlosung wird nochmals freundlich erinnert. Der Ueber-schuß soll zur Anschaffung des Sportplatzes verwandt werden.

Schinken-Diebstahl. Trotz der Bemühungen der Polizei ist bis heute der Schinken-dieb noch nicht ermittelt worden. Die Metzgerei Oberländer setzt eine Belohnung von 100 Mark aus. Fr. Jeannette Kronthal hat den Dieb ab-springen sehen, leider jedoch nicht erkannt. Es handelt sich um ein Objekt von 400 Mark.

Die Hohe Interalliierte Rheinlandkommission erachtet es für angebracht, gewisse unrichtige Pressenachrichten hinsichtlich des kürzlich von ihr eingeleiteten Untersuchungsausschusses zu berichtigen. Im Gegensatz zu diesen Nachrichten ist dieser Ausschuß keineswegs geschaffen worden, um die Leitung oder Oberaufsicht über die Erziehung und den Unterricht der Kinder in den Schulen des besetzten Gebietes auszuüben. Es handelt sich dabei um keinen bleibenden und dauernden Ausschuß der hohen Kommission, sondern um ein zeitweilig, zu einem bestimmten Zweck ernanntes Komitee, das feststellen und in Erfahrung bringen soll, ob den Kindern im besetzten Gebiet Unterricht im Gegensatz zum Geiste der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und des Artikels 148 der Verfassung von Weimar erteilt wird oder nicht. Die Rheinlandkommission ist der Ansicht, daß jede Unterrichtsverteilung, die im Widerspruch steht mit der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und ganz allgemein in der Welt — wie es aus dem obengenannten Artikel der Reichsverfassung hervorgeht — im direkten Widerspruch steht mit

derem das schwere Unrecht ausgeglichen werden könnte, ohne daß der teure Name Bödners besetzt werde, hat ihr noch im letzten Augenblick ein Rächem der Befriedigung abgerungen.

Er zögerte, es wurde ihm jedenfalls nicht leicht, den Schwerpunkt der Mitteilungen in die geeignete Form zu kleiden.

„Wären wir in A.“ fuhr er etwas rascher fort, während er zwischen den Finger-spitzen die Enden seines Schnurrbarts drehte, „dann bedürfte es meiner Ausein-ander-setzungen nicht; ich gäbe dir die Pa-piere, die deine Mutter in meine Hand ge-legt hat; sie enthalten alles, was mir jetzt Mühe und Schmerz macht, auszusprechen. Deinem jungen Leben werden von nun an enge Grenzen gezogen als bisher — armes Kind! Der vollständige Ertrag jener Gü-ter, die du unachtsamigermesse besitzt, soll für die Armen im Lande verwendet werden; ich bin außersehen, sie zu verwalten; da-gegen habe ich die Verpflichtung, dir über Gelder und Pfennig alljährlich Rechenschaft abzulegen. Bei deinem Eintritt in die W-irtschaftlichkeit sollst du mich scheinbar als deinen Erben bezeichnen; ich aber habe so-bann in meinem Testament die Hälfte deines Vermögens als „dankebarer Freund“ dem Güt-terhaus zu hinterlassen.“

Die Hände des jungen Mädchens waren vom Gesicht niedergesunken. Sie wandte me-hamlich langsam den Kopf, und die erlosche-nen Augen besteten sich klar auf den Mund des Sprechenden, der ein leises nervöses Be-ben in den Winkeln nicht zu unterdrücken vermochte.

(Fortsetzung folgt.)

der Sicherheit der Besatzungstruppen. Sie glaubt daher, daß die deutsche Regierung im gleichen Maße wie die Rheinlandkommission und die übrigen Länder ein Interesse daran haben muß, daß diese Bestimmung der Verfassung beobachtet wird.

4 Vogel, 20. Jan. Der Turn- und Sportverein hat beschlossen, am 5. Februar einen Theaterabend mit Ball zu veranstalten. Zur Aufführung wird ein Hörsterdrama in vier Aufzügen gelangen. Die Veranstaltung findet im „Gambrius“ statt und verspricht einen vollen Erfolg.

Endlichhofen, 18. Jan. Hier kam bei einer Versteigerung des Kasten Buchenholz an 1600 und das Eichenholz an 900—1000 Mark.

1. Strüth, 19. Jan. Der Gesangverein „Eintracht“ errang mit seinem diesjährigen Konzert einen in jeder Beziehung vollen Erfolg. Der Abend verlief unter Mitwirkung der Kapelle „Schmelzeisen“ in harmonischer Weise. Lust- und Singspiele und Couplets wurden alle in vortrefflichster Weise zur Aufführung gebracht, so daß die Zuschauer voll und ganz auf ihre Kosten kamen. Besonderer Verdienst gebührt unserem früherem Lehrer, Herrn Kimpel, jetzt in Welterod, welcher in selbstloser Weise seine Kraft dem Verein zur Verfügung stellte, die Singspiele und Couplets einübte und in form-vollendeter Weise begleitete. Der alte, aber jetzt meist aus jungen Mitgliedern bestehende Verein darf und kann sich seiner Leistungen rühmen. Die Chöre: „Tirolers Heimkehr“, „Das Geister Schiff“, „Und wieder ward es Malenzeit“ kamen wohlklingend und rein zum Vortrag. Unserem eifrigen und strebsamen Dirigenten, Herrn Schmelzeisen, sowie den Damen Alle Achtung. Gegen 11 Uhr hatte die Vorführung ihr Ende erreicht.

5 Obertiefenbach, 19. Jan. Heute wurde unter großer Beteiligung von Naß und Fern der Land- und Gastwirt Christian Bilo zur letzten Ruhe bestattet.

6 Niedertiefenbach, 20. Jan. Einen staunend hohen Preis erzielte die Wm. Philipp Lorch von hier bei einer Versteigerung ihres in der Gemarkung Pohl gelegenen Acker. Für mittelmäßiges Land von 24 Acker Größe erfolgte ein Höchstgebot von 21169 Mark.

7 Langenschwalbach, 20. Jan. Der Kreistag beschloß den Erlaß einer Kreissteuerordnung, welche die Erhebung von 30% Jagd-pachtsteuer vorsieht und den Gemeinden den Erlaß besonderer Jagdpachtsteuerordnungen in Höhe von 20% überläßt.

8 Eltville, 19. Jan. Die Stadtverordneten beschloßen die Löhne für die städtischen Arbeiter zu erhöhen und zwar soll eine Erhöhung des Grundlohnes um eine Mark pro Stunde ein-treten. Der Magistrat hatte eine Erhöhung von 50 Pfennig vorgeschlagen, die für zu niedrig gehalten wurde.

9 Frankfurt, 19. Jan. Der 62jährige Zahnarzt Fred Büttner wurde heute mittag in seiner Wohnung, Hochstraße 5, ermordet und beraubt aufgefunden. Die Tat ist aller Wahr-scheinlichkeit nach am letzten Freitag geschehen, da der Ermordete seit diesem Tage nicht mehr gesehen worden ist. Den Feststellungen der Polizei zu-folge, hat der Mörder sein Opfer mit einem Knebel ersticht, dann Hände und Füße fest verschnürt und den Körper schließlich in Bettücher einge-wickelt. Die ganze Wohnung ist durchwühlt, sämtliche Behälter und Schränke sind erbrochen. Es liegt unzweifelhaft Raubmord vor. Vom Täter fehlt bisher jede Spur. — Im hiesigen Hauptbahnhof wurden Mittwoch vormittag dem Heizer Theodor Stumpf aus Sprendlingen beide Beine abgefahren.

10 Bilsel, 19. Jan. In den Apollo-Vichtspielen kam es Mittwoch abend zwischen Be-suchern zu Streitigkeiten, die schließlich in eine Messerstecherei ausarteten. Hierbei wurde eine Person sehr schwer verletzt.

11 Aus dem Westerwald, 18. Jan. In dem Dorfe Mendt herrscht unter der Schuljugend große Freude, da wegen Mangels an Anmachholz die Schulösen nicht geheizt werden können und demzufolge der Unterricht ausfallen muß. Die Jugend vergnügt sich in-dessen auf den Nobelbahnen.

Vermischtes.

Ein Kapitalverbrechen an einem Bahnwärter wurde zwischen Steinsfurt und Grombach verübt. Ein an dem Bahnwärterhaus vorübergehender Mann bemerkte, daß ein Schuppen in Flammen stand. Er ging in das Haus hinein und fand den 65 Jahre alten Bahnwärter Wanner erschossen in der Stube. Der Sohn des Bahnwärters war durch Kugeln erheblich verletzt, wäh-rend die alte Frau Wanner unverletzt war. Die Tat soll sich folgendermaßen zugetragen haben: Durch das Fenster wurden mehrere Schüsse in das Zimmer abgegeben. Eine der Kugeln tötete den alten Wanner. Der Tat verdächtig sind zwei junge Män-ner, von denen der eine etwa 17 Jahre alt ist.

Stirtebeckers Schatz, dessen Auffin-dung vor geraumer Zeit großes Aufsehen erregte, soll nun bald behoben werden. Die Verzögerung der Hebung hängt mit der — Steuer zusammen. Der Entdecker, Archivar Klep, schreibt darüber an eine Berliner Zei-tung: „Ich hatte von der Steuerbehörde eine schriftliche Erklärung darüber ver-lanat, wieviel ich an Steuer abgeben müßte.

wenn der Wert des Schates mit 20 Mil-lionen Mark anzugeben ist. Die Antwort war zu Neulahr zugesichert, ist aber bisher nicht eingegangen. Die ganze Sache wird gefilmt, da der Schatz nur noch wenige Mi-nuten nach der Hebung zusammen ist. Als-dann erfolgt die Teilung, und es geht in alle Winde.“

Ein deutscher Dampfer für England. Der in Hamburg bei Blohm u. Voß für die White Star Line fertigestellte Dampfer „Comerice“ hat seine Probefahrt glänzend bestanden. Der 85 000 Tonnen große Dop-pelschraubendampfer hat über 21 Meilen Fahrt gemacht und damit mehr geleistet, als in der Bauvorschrift vorgelesen war. Die prunkvolle Inneneinrichtung, die deutschem Gewerbfleiß und deutsche Kunst in bestem Lichte erstrahlen läßt, fand Bewunderung und Anerkennung.

Die Furcht vor dem Todesurteil. Im Berliner Gefängnis starb aus Todesangst am Herzschlag der Kaufmann Koppe, der zu-sammen mit dem Kaufmann Freymundt vom Schwurgericht wegen Totschlags und Raubes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde. Koppe hatte den Wahr-spruch der Geschworenen mißverstanden und wähnte sich zum Tode verurteilt. Er wurde von einer furchtbaren Todesangst ergriffen. Der Angeklagte brach bereits in der Anklagebank zusammen und erholte sich erst etwas, als sein Verteidiger ihm sagte, den Kopf würde es nicht kosten. Die Auf-regung konnte Koppe aber nicht mehr ver-winden. In der zweiten Nacht nach seiner Verurteilung starb er, wie erwähnt, am Herzschlag.

Ein Diebstahl bei der Staatsanwalt-schaft erregt in Berlin großes Aufsehen. Einem Ingenieur Franz, der wegen silt-licher Vergehen angeklagt ist, bot sich ein gewisser Senger an, ihm die Strafsakten des gegen ihn schwebenden Verfahrens zu be-schaffen: Senger wollte dafür 250 000 M. haben. Franz ging zum Schein darauf ein, benachrichtigte aber die Kriminalpolizei. Er traf sich mit Senger in einer Konditorei und überzeigte sich dort, daß S. tatsächlich die Französischen Akten bei sich hatte. Nun ereignete sich eine aufgeregte Szene. Franz nahm Senger in dem Kaffeehaus fest und hielt ihn solange fest, bis die telephonisch herbeigerufenen Polizeibeamten Senger ab-führten. Die Akten sind der Staatsanwalt-schaft zurückgegeben worden und es bedarf jetzt der Auffklärung, wie dieser Behörde das Strafmaterial gestohlen werden konnte.

Im Hemd entflohen. Einer der ge-fährlichsten Einbrecher Sachsens, der Ar-beiter Engelhardt, ist, nur mit dem Hemd bekleidet, aus seiner doppelt ge-sicherten Zelle im Dresdener Gefängnis entwichen. Er sollte dem Zuchthaus Wald-heim zugeführt werden, um dort eine Zucht-hausstrafe von 14 Jahren zu verbüßen.

Karnevalsvergüngen in Nieder-schönenfeld. Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages wurde die bekannte Denkschrift des bayerischen Justizminis-teriums über die Festungsbastanstalt Nieder-schönenfeld beraten. Dabei wurde von dem Referenten des Ausschusses mitgeteilt, daß nach neueren Nachrichten die politischen Festungsgesangenen in Niederschönenfeld ein dreitägiges Karnevalsvergüngen ver-anstaltet haben, bei dem die Gefangenen maskiert erschienen. Der Regierungs-vertreter erklärte, daß die neuen Angriffe von radikaler Seite unrichtig seien und daß der gesamte Inhalt der Denkschrift durch Urkunden und Beweismaterial belegt sei.

Ein polnisches Gymnasium in Dan-zig. Am 1. April 1922 wird in Danzig ein Gymnasium mit polnischer Unterrichts-sprache eröffnet werden; die Mittel dazu sind durch Sammlungen unter der polni-schen Bevölkerung aufgebracht worden.

Brandkatastrophe auf einem deut-schen Dampfer. In der Nordsee ist der deutsche 5000-Tonnen-Dampfer „Westa“ vollkommen verbrannt. 11 Personen haben ihr Leben eingebüßt. Die „Westa“ war auf dem Wege von Hamburg nach Vissau mit einer Ladung Benzol. Einige der Fässer wurden infolge des Schneesturmes über Bord gespült und explodierten im Wasser. — Ein Fischdampfer landete in Bownestoft (England) die Ueberlebenden von der Be-satzung des Dampfers.

Ein Fernbeben. Auf der Erdbeben-warte im Taunusobservatorium begann Mittwoch früh 5,02 Uhr die Aufzeichnung eines sehr heftigen Fernbebens, dessen zweite Phase um 5,11 Uhr, die Maximal-bewegung um 5,80 Uhr eintrat. Um 6,30 Uhr war das Beben beendet, dessen Fern 8500 Kilometer entfernt war.

Selbstmord eines rumänischen Atta-chés in Rom. Der rumänische Militär-attaché, Oberst Cesaresku, beging in Rom Selbstmord. Cesaresku fürchtete, in einen Skandalprozess mit dem ehemaligen Handelsattaché Silestu verwickelt zu wer-den, der infolge unerlaubter Beziehungen zur Handelswelt abgesetzt worden ist.

2068 Prozent Gewerbesteuer in Halle. Durch die Eingruppierung von Halle in die Klasse A ist die Stadt in große finan-zielle Schwierigkeiten geraten. Die dadurch erhöhte Beamtensoldung hat den Magi-strat bereits gezwungen, die Gewerbesteuer auf 2068 Prozent zu erhöhen. In einer Versammlung der halleischen Unternehmer-verbände wurde die Erklärung abgegeben, daß 1500 Prozent das Höchste seien, was die halleischen Firmen aufrufen könnten. Das städtische Finanzdegrement dagegen hat die Erklärung abgegeben, daß die Stadt bei den Banken keinen Kredit mehr be-

kommen würde, wenn die Steuervorlage des Magistrats nicht durchgeführt werde.

Wie vom Statistischen Amte der Stadt München festgestellt wurde, sind im Jahre 1921 in der bayerischen Landeshauptstadt über eine Million Fremde zu vorüber-gehendem Aufenthalt anwesend gewesen.

In Herne mußte wegen der Grippe die Stadtverordnetenversammlung ausfallen.

Die Grippe hat sich so stark in Stock-holm verbreitet, daß fast die Hälfte der Einwohnerzahl daran erkrankt ist.

Bei einem Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen in einer verkehrsreichen Straße in Berlin wurden 14 Personen zum Teil sehr schwer verletzt.

Gerichtliches.

Graf Schlieffen unter Mordverdacht. In Görtlich beginnt jetzt vor dem Schwur-gericht der Prozeß, der sich gegen den Gra-fen Hans Heinrich v. Schlieffen wegen ver-suchten Mordes an dem Grafen Georg Wilhelm v. Schlieffen, dem Majoratsherrn auf Schlieffenberg bei Güstrow, und dessen Eltern richtet. Die Anklage stützt sich auf die Angaben eines Berliner Studenten, der mit dem Gemüsehändler Reffel aus Görtlich zusammen vom Grafen Hans Heinrich für die Mordtat gewonnen worden war. Reffel behauptet, von der Gräfin Eleanor und ihrem Sohne Hans Heinrich für die Aus-führung der Tat 20 000 M. erhalten zu ha-ben. Die Verhaftung Reffels förderte vier Sprengpatronen mit je 200 Gramm Dyna-mit zutage, die angeblich dazu dienen sol-len, das Schloss in die Luft zu sprengen und den Grafen mit seinen Eltern zu beseitigen. Der Angeklagte bestreitet jede Absicht des Mordes.

Beständnis des Grafen Schlieffen.

Görtlich, 18. Januar. Die Verhandlung gegen den Grafen Schlieffen und dessen Mutter, die unter Mordverdacht stehen, hat eine überraschende Wendung genommen. Der junge Graf hat ein volles Ge-ständnis abgelegt. Er gibt zu, einen Handelsmann Reffel mit der Ermordung des Sohnes des Majoratsherrn, Graf Ge-orge, beauftragt zu haben. Als Motiv zu der Tat gibt der Graf an, daß er sich in schweren finanziellen Verhält-nissen befunden habe.

Das Urteil gegen die Görtlicher Zucht-hausmutter. In dem Prozeß gegen die Mutter der Görtlicher Zuchthausvernein-ten die Geschworenen die Schuldfragen, so daß die Angeklagten freigesprochen wurden. Nur ein Angeklagter wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung ergab, daß die Sicherheits-maßnahmen in der Anstalt keineswegs dem starken Freiheitsdrang der Inassen ge-nügen.

Verkauf von Fabrikgeheimnissen an das Ausland. Der bei den Höchster Farb-werken tätig gewesene Chemiker Dr. Kap-pelmeier wurde von der Strafkammer zu Frankfurt a. M. wegen unlauteren Wett-bewerbs zu neun Monaten Gefängnis und 50 000 M. Geldstrafe bei sofortiger Verhaf-tung verurteilt. Kappelmeier nahm Ab-schriften von geheim zu haltenden Tabellen und Listen der Teerfarbstoffproduktion der Höchster Farbwerke in der Absicht, sie bei einem Auslandsengagement zu verwenden.

Handel und Verkehr.

Die deutsche Getreideernte im Jahre 1921 belief sich nach amtlichen Feststellungen an Roggen und Weizen auf 9,94, an Gerste auf 1,94, zusammen also auf 11,88 Millionen Tonnen. Davon sind durch das Um-lageverfahren 2,5 Millionen To. erfasst, was ein Fünftel ausmacht; einge-gangen sind allerdings bisher aus dem Um-lageverfahren nur 1,8 Mil. To. Die deutsche Erzeugung an Hafer betrug im Jahre 1921 5 Mill. To., an Kartoffeln 26,15 Mill. Tonnen. — Das Preussische Statistische Lan-desamt veröffentlicht jetzt statistische Ta-bellen über Ernteergebnisse des vergange-nen Jahres. Aus einem Vergleich mit dem Vorjahre geht hervor, daß die Anbau-flächen an Wintergetreide, den meisten Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Zuck-errüben zugenommen, alle übrigen sich ver-ringert haben. Bei einem Vergleich mit den vorjährigen Ernteträgern fallen die durchweg höheren Hektarerträge beim Getreide ins Auge. Aus den Tabellen ergibt sich, daß der Hektarertrag von 1921 teilweise schon wieder in der Mitte zwischen dem von 1920 und 1913 steht, ausgenommen natürlich die Hackfrüchte, die unter der Trockenheit des letzten Sommers sehr zu leiden hatten.

Der Stand der Mark. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Ver-liner Börse am

	18.1.	17.1.	1914
100 holl. Gulden	6913	6843	167,— M.
100 belg. Franken	1478	1458	80,— „
100 dänische Kronen	3766	3716	112,— „
100 schwed. Kronen	4719	4620	112,— „
100 ital. Lire	824	814	80,— „
1 engl. Pfund	799	787	20,— „
1 Dollar	189	186	4,20 „
100 franz. Franken	1540	1525	80,— „
100 schweiz. Franken	3671	3621	80,— „
100 österr. Kronen	816	811	— „

Bekanntmachung.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet im Kaiser-Wilhelm-Heim in Nastätten am **Dienstag, den 24. Januar cr.**, nachmittags 3 Uhr, für die Orte Nastätten, Buch und Delsberg statt, wo der leitende Arzt den Müttern unentgeltlichen Rat in der Pflege und Ernährung ihrer Kinder erteilen wird.
Säuglingsfürsorge Kreis St. Goarshausen.

Bekanntmachung

betr. Ausführung des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli bis 20. Dezember 1921.

In meinem Erlasse vom 20. Dezember 1921 — III E 38729 — habe ich angeordnet, daß die Gemeindebehörden, soweit die Steuerbücher noch nicht ausgestellt sind, in die noch auszustellenden Steuerbücher für 1922 zur Vermeidung von Irrtümern die alten Jahresermäßigungen von 120 M für die Steuerpflichtigen selbst, 120 M für die Ehefrau, 180 M für die minderjährigen Kinder und 180 M zur Abgeltung der nach § 13 E. St. G. zulässigen Abzüge einzusetzen haben. Sowohl in dem Falle der erst erfolgten Ausständigung der Steuerbücher, als auch in dem Falle, daß die Steuerbücher bereits ausständig sind, haben die Arbeitgeber im Kalenderjahr 1922 an Stelle der von der Gemeindebehörde auf dem Steuerbuch vermerkten Jahresgesamttermäßigung bei Berechnung des gemäß § 37 E. St. G. einzubehaltenden Betrags eine Jahresgesamttermäßigung zu berücksichtigen, die das Doppelte der von der Gemeindebehörde auf dem Steuerbuch eingetragenen Jahresgesamttermäßigung zuzüglich 180 M beträgt. In soweit findet für das Kalenderjahr 1922 die Vorschrift des § 37 a. a. D., nach der für den Arbeitgeber die auf dem Steuerbuch vermerkte Jahresgesamttermäßigung bindend und er nicht berechtigt ist, von dieser Jahresgesamttermäßigung abzuweichen, keine Anwendung. Die den Landesfinanzämtern demnächst zugehende Verordnung zur Änderung der Durchführungbestimmungen wird eine dementsprechende Vorschrift enthalten.

Eine andere Regelung muß hinsichtlich der Fälle Platz greifen, in denen auf Grund der §§ 31, 33 E. St. G. das Finanzamt die Jahresgesamttermäßigung abweichend von der von der Gemeindebehörde eingetragenen Jahresgesamttermäßigung festsetzt. In diesem Falle bietet sich für das Finanzamt Gelegenheit, die sämtlichen auf dem Steuerbuch von der Gemeindebehörde vermerkten Jahresermäßigungen auf die durch die Novelle vom 20. Dezember 1921 festgesetzten Jahresermäßigungen abzuändern. Beantworte daher z. B. ein Steuerpflichtiger die im § 46 Abs. 2 Nr. 2 E. St. G. vorgesehene Ermäßigung auch für mittellose Angehörige, die von ihm unterhalten werden, und gibt das Finanzamt diesem Antrage statt, so hat es für den mittellosen Angehörigen die neue Jahresgesamttermäßigung von 360 M einzusetzen und gleichzeitig die übrigen auf dem Steuerbuch von der Gemeindebehörde vermerkten Jahresermäßigungen abzuändern. Trifft demnach ein verheirateter Steuerpflichtiger mit drei minderjährigen Kindern ohne eigenen Arbeitslohn, auf dessen Steuerbuch eine Jahresgesamttermäßigung von 960 M (120 u. 120 u. 180 u. 180 u. 180 u. 180 M) von der Gemeindebehörde vermerkt ist, mit dem Antrag auf Berücksichtigung eines mittellosen Angehörigen an das Finanzamt heran, und gibt das Finanzamt dem Antrage statt, so hat es die für den mittellosen Angehörigen vorgesehene Jahresermäßigung von 360 M auf dem Steuerbuch zu vermerken und gleichzeitig die für den Steuerpflichtigen, seine Ehefrau und seine minderjährigen Kinder auf dem Steuerbuch von der Gemeindebehörde vermerkten Jahresgesamttermäßigungen zu verdoppeln und die Jahresermäßigung zur Abgeltung der nach § 13 E. St. G. zulässigen Abzüge in dem dreifachen Betrage zu vermerken. Es hat demnach das Finanzamt in diesem Falle auf dem Steuerbuch statt der von der Gemeindebehörde vermerkten Jahresgesamttermäßigung von 960 M mit einer gegenüber der ursprünglichen Eintragung andersfarbigen Linie eine solche von 2460 M (240 u. 240 u. 360 u. 360 u. 360 u. 540 u. 360 M) zu vermerken, wie sie den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Auf dem Steuerbuch ist in diesem Falle zur Aufklärung des Arbeitgebers ein Hinweis (durch handschriftliche Eintragung, durch Typendruck, durch Aufkleben eines besonderen Zettels) des Inhalts anzubringen, daß der Arbeitgeber an die von dem Finanzamt festgesetzte und auf dem Steuerbuch vermerkte Jahresgesamttermäßigung gebunden ist.

In gleicher Weise ist in den Fällen zu verfahren, in denen Steuerpflichtige Erhöhung der Ermäßigung von 540 M zur Abgeltung der nach § 13 E. St. G. zulässigen Abzüge beantragen. In diesem Falle hat das Finanzamt, wenn es den Nachweis höherer Abzüge als erbracht ansieht, den über die Ermäßigung von 540 M zugelassenen höheren Betrag auf dem Steuerbuch zu vermerken und gleichzeitig auch die übrigen auf dem Steuerbuch von der Gemeindebehörde vermerkten Jahresermäßigungen abzuändern und die dementsprechende Jahresgesamttermäßigung in der dem Gesetz entsprechenden Höhe einzutragen, die alsdann für den Arbeitgeber bindend ist. Ein Hinweis darauf, daß der Arbeitgeber an die von dem Finanzamt festgesetzte und auf dem Steuerbuch vermerkte Jahresgesamttermäßigung gebunden ist, ist auch hier beizufügen.

Es haben daher die Arbeitgeber im Kalenderjahr 1922 an Stelle der von der Gemeindebehörde auf dem Steuerbuch vermerkten Jahresgesamttermäßigung der Berechnung des gemäß § 37 E. St. G. einzubehaltenden Betrages eine Jahresgesamttermäßigung zu berücksichtigen, die das Doppelte der von der Gemeindebehörde auf dem Steuerbuch eingetragenen Jahresgesamttermäßigung zuzüglich 180 M beträgt, und sind insoweit für das Kalenderjahr 1922 an die Vorschrift des § 37 a. a. D., nach der für den Arbeitgeber die auf dem Steuerbuch vermerkte Jahresgesamttermäßigung bindend und sie nicht berechtigt sind, von dieser Jahresgesamttermäßigung abzuweichen, nicht gebunden. Dagegen sind die Arbeitgeber in dem Falle, daß das Finanzamt die Jahresgesamttermäßigung abweichend von der von der Gemeindebehörde eingetragenen Jahresgesamttermäßigung festsetzt, an die von dem Finanzamt festgesetzte und im Steuerbuch vermerkte Jahresgesamttermäßigung gebunden und nicht berechtigt, von der durch das Finanzamt auf dem Steuerbuch vermerkten Jahresgesamttermäßigung abzuweichen.

Berlin, den 31. Dezember 1921.

Der Reichsminister der Finanzen.

Näh-Maschinen

unser bekanntes altbewährtes Fabrikat in jeder Ausführung
wieder eingetroffen

Kaufhaus Salomon Stern, Nastätten

Oefen u. Herde
emailliert und schwarz-vernickelt
Kupferkessel : Milch-Zentrifugen
Butter-Maschinen
in schöner und reichlicher Auswahl
Jauche-Pumpen : Wagen-Achsen
Eisen empfiehlt zu noch billigen Preisen
A. Maus — Strüth

Begehrte Bücher sind:
Bismarckband III
Der prakt. Oekonomieverwalter
Müllers Zinstabellen
Der eigene Arzt im Viehstalle
wieder eingetroffen
Müllersche Buchhandlung
Nastätten :: Bahnhofstraße.

Klavier-
Stimmen
Reparieren
Eintausch
Vermieten
Transporte
besorgt zuverlässig
C. Mand
Coblenz
Schloßstr. 36/38
Tel. 5

Prima
Handkäse
eingetroffen!
Wilh. Gill, Nastätten.

Fahr-Räder
und Ersatzteile
stets zu haben bei
Erich Grewe, Taub a. Rh.
Stets blühende

Blumen
in Töpfen, wie: Alpenveilchen, Primula, Geranien usw. usw.
empfiehlt
Gärtnerei E. Wölfert
Nastätten :: Oberstraße.



Nicht unter den Scheffel stellen Sie Ihr Licht, sondern sagen Sie der Welt, was Sie anbieten haben. — Anzeigen im „Rhein- und Bahn-Anzeiger“ finden die beste Verbreitung und machen sich durch erhöhten Umsatz sehr schnell bezahlt. — Auf Wunsch beraten wir Sie bei der Abfassung und berechnen Ihnen die Kosten im voraus.

Bekanntmachung
betr. Sprechstunden des Kreiswohlfahrtsamtes und der amtlichen Fürsorgestelle.
Infolge der Arbeitsüberlastung des Kreiswohlfahrtsamtes und der amtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sehe ich mich leider veranlaßt, den Verkehr mit dem Publikum auf 2 Tage in der Woche zu beschränken. Ich setze daher die Sprechstage für beide Stellen auf
Montag Vormittag von 8 1/2 bis 12 Uhr und
Mittwoch Nachmittag von 3 bis 6 Uhr
fest und bitte diese Sprechstage genau einzuhalten.
Die Organisationen der Kriegsoffer, den Kreislehrerverein, den Herrn Kreisjugendpfleger und die Fürsorgeschwestern bitte ich, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß im Interesse der Fürsorgesuchenden die Sprechstage bekannt werden.
St. Goarshausen, den 15. Januar 1922.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses
(Kreiswohlfahrtsamt)
gez. R i e w ö h n e r.
Wird veröffentlicht:
Nastätten, den 18. Januar 1922.
Der Bürgermeister: Wasserloos.

Holzversteigerung.
Freitag, den 27. Januar cr.,
nachmittags 1 Uhr
kommen im Niehler Gemeindewalde
Distrikt Pfarrhofen 2
90 eichen Stämme mit 118 Festm.
zur Versteigerung.
Niehlen, den 18. Januar 1922.
Der Bürgermeister: Ludwig.

Ortsbauernschaft Nastätten
Dienstag, den 24. Januar 1922, abends um 8 Uhr
Generalversammlung
im „Hotel Centrum“.

- Tages-Ordnung:
1. Rechnungsablage des Geschäftsführers;
2. Erwählung der auscheidenden Vorstandsmitglieder;
3. Aussprache betr. Viehseuchenentschädigung;
4. Saatgutbezüge;
5. Verschiedenes;
6. Vortrag durch Herrn Direktor Schmitt.
Um vollzähliges Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Oberländer-Hüte
Jagd und Sport
Alleinverkauf
H. Heuser
Nastätten
Oberstr. 6 : Telefon 77

Schokolade u. Kakao
(Stollwerck, Trumpf und Reichardt)
Feinster schwarzer Tee.
(Indischer und Java-Pekoe sowie Souchon-Tee)
Ia. gebr. Kaffees und land. Kornkaffee
(aus gemäßigtem Roggen, letzterer in 1-Pfund-Packung)
empfiehlt
Ronditorei Hagel, Nastätten (Nähe Bahnhof).

Steckenpferd-Seife
die beste Lillienmilchseife für zarte weisse Haut und blendend schön. Teint. Ferner macht „Dada-Cream“ rote und spröde Haut weiss und sammetweich. Überall zu haben.
Ehrliches sauberes

Wochen-Mädchen
in kleinen Haushalten (2 Personen) für die Vormittagsstunden bei gutem Lohn gesucht. Anmeldungen bittet man in der Geschäftsstelle ds. Bl. zu machen.
Fast neues

Damen-Rad
zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Gute
Milch- u. Fahrkuh
(Bahnruffe) im fünften Monat trächtig, zu verkaufen. **Rudolf Walzer**
Diethardt.

Ia. Riesen-Rollmöpse
Ia. Bismarck-Heringe
feinste Lachsheringe
frisch eingetroffen.
Ed. Schüler, Nastätten.

Wurstkordel
in bester Qualität
empfiehlt
Müllersche Buchhandlung
Nastätten :: Bahnhofstraße.

Emser Pastillen
Sodener
Wiesbad.
Emser Wasser
zu haben in der
Apotheke in Nastätten.

Täglich:
frische Torten, Kuchen, Bröckchen, Einback und sonstiges Gebäck, stets frische Hefe und Zitronen
empfiehlt
Ronditorei Hagel
Nastätten (Nähe Bahnhof).

Das beste Hühneraugenmittel
„Burgit“
hilft sicher.
Nur zu haben im
Damen- und Herrenfriseurgeschäft
Albert Spriestersbach
Nastätten (a. d. ev. Kirche).

Ia. Medizinal-Dampf-Leberthran
Leberthran-Emulsion
empfiehlt
Amts-Apotheke Nastätten.

Leo-Hustenstiller
Pfefferminz (extra stark)
Somburger
Brustkaramellen
Sillers Rumbonbons
schwarzer Tee
holländischer Kakao
empfiehlt

Ronditorei Adermann,
Nastätten — Telefon 78.
Zahn-Bürsten
Zahn-Creme
Zahn-Pasta
empfiehlt
Friseurgeschäft Anton Kern
Nastätten :: Hauptstraße.